

Hauptausschuss

Protokoll Nr. HA/11/2017

**über die öffentliche Sitzung des
Hauptausschusses am 11.12.2017,
Ahrensburg, Peter-Rantzau-Haus, Manfred-Samusch-Str. 9, R. 2/3**

Beginn der Sitzung : 19:30 Uhr
Ende der Sitzung : 21:40 Uhr

Anwesend

Vorsitz

Herr Hinrich Schmick

Stadtverordnete

Herr Thomas Bellizzi

Frau Doris Brandt

Herr Jörg Hansen

Herr Detlef Levenhagen

Herr Hartmut Möller

Herr Jochen Proske

Herr Christian Schubbert-von Hobe

Herr Roland Wilde

i. V. f. Herrn Eckert
- außer TOP 10.2

Weitere Stadtverordnete, Beiratsmitglieder

Herr Peter Egan

Herr Dustin Holzmann

Herr Fabio Linde

Kinder- und Jugendbeirat,
bis TOP 13

Sonstige, Gäste

Herr Jürgen Stahmer

Herr Florian Ehrich

Michael Mey

Herr Frank Backhaus

Gemeindewehrführer, bis TOP 13
Ortswehrführer, bis TOP 13
Wehrführer von Ahrensfelde,
bis TOP 13
Wehrführer von Wulfsdorf,
bis TOP 13

Verwaltung

Herr Michael Sarach
Herr Thomas Reich
Frau Kerstin Bath
Frau Juliane Ahlers
Herr Mathias Schuster
Frau Birgit Reuter

Protokollführerin

Entschuldigt fehlt/fehlen

Stadtverordnete

Herr Jürgen Eckert

Behandelte Punkte der Tagesordnung:

1. Begrüßung und Eröffnung der Sitzung
2. Feststellung der Beschlussfähigkeit
3. Einwohnerfragestunde
4. Festsetzung der Tagesordnung
5. Einwände gegen die Niederschrift Nr. 10/2017 vom 20.11.2017
6. Berichte/Mitteilungen des Bürgermeisters
 - 6.1. Berichte gem. § 45 c GO
 - 6.2. Sonstige Berichte/Mitteilungen des Bürgermeisters
 - 6.2.1. Prüfung des Verwendungsnachweises über den der SPD-Fraktion im Jahr 2016 gewährten Fraktionszuschuss
 - 6.2.2. Bereitstellung der Sitzungsunterlagen in Papier
 - 6.2.3. Genehmigung der 1. Nachtragshaushaltsatzung der Stadt Ahrensburg für das Haushaltsjahr 2017
7. Vorbereitung der Stadtverordnetenversammlung am 18.12. mit ggf. Fortsetzung der Stadtverordnetenversammlung am 19.12.
8. Freiwillige Feuerwehr Ahrensburg - Personalentwicklung **2017/155**
9. Erlass der Haushaltssatzung 2018 - Beschlussfassung über den Stellenplan 2018 - **2017/110**
 - 9.1. Änderungsantrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen zum Stellenplan 2018 - Klimaschutzmanager **AN/080/2017**
 - 9.2. Antrag der FDP-Fraktion zum Stellenplan 2018 - Hochbau **AN/081/2017**
 - 9.3. Antrag der SPD-Fraktion zum Stellenplan 2018 - Verkehrsaufsicht/Einwohnerverwaltung **AN/089/2017**
 - 9.4. Antrag der CDU-Fraktion zum Stellenplan - Nr. 71+77 **AN/098/2017**
 - 9.5. Antrag der FDP-Fraktion zum Stellenplan 2018 - ehem. Stelle der Gleichstellungsbeauftragten - Streichung einer halben Stelle **AN/083/2017**

9.6.	Antrag der CDU-Fraktion zum Stellenplan - Nr. 6	AN/094/2017
9.7.	Antrag des Behindertenbeirates auf Einrichtung eines Inklusionsbüros mit ausreichend Personal	AN 022/2017
9.8.	Schulsozialarbeit - Sachstandsbericht Standort Am Heimgarten - Personalmehrbedarf am Standort Am Heimgarten und an der Grundschule Am Aalfang	2017/153
9.9.	Antrag der CDU-Fraktion zum Stellenplan - Nr.40	AN/095/2017
9.10.	Antrag der CDU-Fraktion zum Stellenplan - Nr. 96	AN/096/2017
9.11.	Antrag der CDU-Fraktion zum Stellenplan - Nr. 31	AN/097/2017
9.12.	Antrag der CDU-Fraktion zum Stellenplan - Nr. 39	AN/099/2017
9.13.	Antrag der CDU-Fraktion zum Stellenplan - Nr. 102	AN/100/2017
9.14.	Antrag der WAB-Fraktion auf Schaffung zweier zusätzlicher Stellen in ZGW	
10.	Erlass der Haushaltssatzung für das Haushaltsjahr 2018	2017/108
10.1.	Antrag der FDP-Fraktion - Haushalt 2018 - Personalaufwendungen	AN/082/2017
10.2.	Antrag der FDP-Fraktion - Beschaffung eines Gerätewagens Nachschub	AN/102/2017
11.	Ziffer 2 des Antrags der SPD-Fraktion zur papierlosen Arbeit der politischen Gremien	AN/057/2017
12.	Kooperation StadtApp Ahrensburg - Stadt Ahrensburg und Stadtwerke Ahrensburg - Aufhebung des Sperrvermerks auf PSK 57100.5431010 - v e r t a g t -	2017/139
13.	Anfragen, Anregungen, Hinweise - k e i n e -	

1. Begrüßung und Eröffnung der Sitzung

Der Vorsitzende des Hauptausschusses Herr Schmick begrüßt die Anwesenden und eröffnet die Sitzung.

2. Feststellung der Beschlussfähigkeit

Der Vorsitzende des Hauptausschusses stellt die Beschlussfähigkeit fest.

3. Einwohnerfragestunde

Anfragen bzw. Anregungen von Einwohnerinnen und Einwohnern werden nicht gestellt.

4. Festsetzung der Tagesordnung

Bürgermeister Sarach beantragt, den Tagesordnungspunkt 12 „Kooperation StadtApp Ahrensburg - Stadt Ahrensburg und Stadtwerke Ahrensburg - Aufhebung des Sperrvermerks auf PSK 57100.5431010“, Vorlagen-Nr. 2017/139, abzusetzen. Dem Antrag wird mit der erforderlichen Mehrheit zugestimmt.

Der Hauptausschuss stimmt der Beratung des Tagesordnungspunktes „Niederschlagung einer Forderung“ und „Anfragen“ in nicht öffentlicher Sitzung mit der erforderlichen Mehrheit von 2/3 der anwesenden Mitglieder des Hauptausschusses zu.

Abstimmungsergebnis: Alle dafür

Der Ausschussvorsitzende erläutert, dass zwischenzeitlich weitere Anträge zu TOP 9 „Erlass der Haushaltssatzung 2018 - Beschlussfassung über den Stellenplan 2018“ (AN/094/2017 bis AN 100/2017) eingegangen sind, die ebenfalls im Rahmen dieses Tagesordnungspunktes zu beraten sind. Darüber hinaus ist ein weiterer Antrag zum TOP 10 „Haushaltssatzung für das Haushaltsjahr 2018“ von der FDP-Fraktion „Beschaffung eines Gerätewagens Nachschub“ AN/102/2017 eingegangen.

Einerseits wird von einem Ausschussmitglied sein Unmut ausgedrückt, dass Anträge drei bis vier Tage vor der Sitzung des Hauptausschusses zum Stellenplan gestellt worden seien, ohne dass die Gelegenheit der Beratung in den Fraktionen bestanden hätte. Andererseits wird darauf hingewiesen, dass Anträge noch am Tag der Sitzung gestellt werden könnten und der Hauptausschuss nur eine Empfehlung für die Entscheidung in der Stadtverordnetenversammlung abgeben würde.

Der Hauptausschuss stimmt der mit Einladung vom 29.11.2017 versandten Tagesordnung mit wie vorgenannten Änderungen zu.

Abstimmungsergebnis: Alle dafür

Der Hauptausschuss stimmt einstimmig der Anhörung nachfolgender Sachverständiger gemäß § 16 c Abs. 2 Gemeindeordnung zu dem Tagesordnungspunkt 8 „Freiwillige Feuerwehr Ahrensburg – Personalentwicklung“ sowie dem Tagesordnungspunkt 10.2 „Erlass der Haushaltssatzung für das Haushaltsjahr 2018, Antrag der FDP-Fraktion, AN/102/2017 „Beschaffung eines Gerätewagens Nachschub“ zu:

Gemeindewehrführer Herr Stahmer,
Ortswehrführer von Ahrensburg Herr Ehrich,
Wehrführer von Ahrensfelde Herr Mey und
Wehrführer von Wulfsdorf Herr Backhaus.

5. Einwände gegen die Niederschrift Nr. 10/2017 vom 20.11.2017

Einwände gegen die Niederschrift bestehen nicht.

6. Berichte/Mitteilungen des Bürgermeisters

6.1. Berichte gem. § 45 c GO

Bezüglich des Beschlusscontrollings wird auf die vorangegangene Sitzung des Hauptausschusses verwiesen, da sich seitdem keine Neuerungen ergeben haben.

6.2. Sonstige Berichte/Mitteilungen des Bürgermeisters

6.2.1. Prüfung des Verwendungsnachweises über den der SPD-Fraktion im Jahr 2016 gewährten Fraktionszuschuss

Das Rechnungsprüfungsamt hat den Verwendungsnachweis der SPD-Fraktion über den im Jahr 2016 gewährten Fraktionszuschuss geprüft. Es haben sich keine Beanstandungen ergeben.

6.2.2. Bereitstellung der Sitzungsunterlagen in Papier

Bürgermeister Sarach erinnert daran, dass die umfangreichen Vorlagen, die mehr als 100 Seiten umfassen und für alle Mitglieder der Selbstverwaltung gedruckt werden - auch unter Berücksichtigung der Personal-, Sach- und Nebenkosten -, von den Mitgliedern der Selbstverwaltung abgeholt werden.

6.2.3. Genehmigung der 1. Nachtragshaushaltsatzung der Stadt Ahrensburg für das Haushaltsjahr 2017

Die 1. Nachtragshaushaltsatzung der Stadt Ahrensburg für das Haushaltsjahr 2017 wurde von der Kommunalaufsicht genehmigt.

7. Vorbereitung der Stadtverordnetenversammlung am 18.12. mit ggf. Fortsetzung der Stadtverordnetenversammlung am 19.12.

Bürgermeister Wilde erläutert die Tagesordnung der Stadtverordnetenversammlung am 18.12.2017 mit ggf. Fortsetzung der Sitzung am 19.12.2017.

Bürgermeister Wilde schlägt aufgrund der Auswirkungen auf den Haushalt 2018 vor, die Tagesordnungspunkte „Freiwillige Feuerwehr Ahrensburg - Personalentwicklung“, „Grundschule Am Reesenbüttel - Einführung einer Offenen Ganztagschule zum Schuljahr 2019/2020“ und „Weiterentwicklung der Qualität in den Kinderstätten“ in der Stadtverordnetenversammlung vor den Tagesordnungspunkten „Erlass der Haushaltssatzung 2018 – Beschlussfassung über den Stellenplan 2018“ und „Erlass der Haushaltssatzung für das Haushaltsjahr 2018“ zu beraten.

**8. Freiwillige Feuerwehr Ahrensburg
- Personalentwicklung**

Die Mitglieder des Hauptausschusses drücken Ihre hohe Anerkennung und ihren Dank aus an die Feuerwehrleute für ihre Unterstützung und der Vielzahl von Einsätzen, teilweise unter Lebensgefahr.

Nach Anhörung der Sachverständigen der Feuerwehr, die den Beschlussvorschlag ausdrücklich befürworten, empfiehlt der Hauptausschuss einstimmig der Stadtverordnetenversammlung, dem Beschlussvorschlag mit der Maßgabe zuzustimmen, dass in Absatz 1 des Beschlussvorschlages „Einsatz“ durch „Alarmierung“ ersetzt wird.

Abstimmungsergebnis: Alle dafür

9. Erlass der Haushaltssatzung 2018 - Beschlussfassung über den Stellenplan 2018 -

Im Rahmen der Stellenplanberatungen geht der Hauptausschuss insbesondere auf die Anträge AN/022/2017, AN/080/2017, AN/081/2017, AN/083/2017, AN/089/2017 sowie AN/094/2017 bis AN/100/2017 einschließlich Vorlagen-Nr. 2017/153 ein. Darüber hinaus wird ein zusätzlicher Antrag durch die WAB-Fraktion (TOP 9.14) gestellt.

AN/080/2017

9.1. Änderungsantrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen zum Stellenplan 2018 - Klimaschutzmanager

Ausschussmitglied Hansen stellt im Namen der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen nachfolgenden Antrag:

„Aufnahme einer Stelle für einen Klimaschutzmanager/eine Klimaschutzmanagerin in den Stellenplan der Stadt Ahrensburg EG 11, befristet auf drei Jahre. Die erwarteten Fördermittel aus der nationalen Klimaschutzinitiative sollen entsprechend als Einnahmen in den Haushalt aufgenommen werden (vgl. Haushaltsentwurf für 2017).“

Über den Antrag wird wie folgt abgestimmt:

**Abstimmungsergebnis: 8 dafür (3 CDU, 2 Grüne, 2 SPD, 1 WAB)
1 dagegen (1 FDP)**

Dem Antrag ist somit zugestimmt.

AN/081/2017

9.2. Antrag der FDP-Fraktion zum Stellenplan 2018 - Hochbau

Auf Anfrage erklärt die Verwaltung, dass eine zusätzliche Stelle im Bereich der Bauaufsicht nicht erforderlich ist. Die Baugenehmigungen werden zeitnah bearbeitet.

Ausschussmitglied Bellizzi zieht dementsprechend den Antrag AN/081/2017 zurück.

9.3. Antrag der SPD-Fraktion zum Stellenplan 2018 - Verkehrsaufsicht/Einwohnerverwaltung

Die Verwaltung erläutert, dass durch die Aufstockung der Stelle im Bereich der Verkehrsaufsicht um 9,62 Stunden erreicht werden soll, die Kontrollen außerhalb der Innenstadt auszuweiten und damit Ordnungswidrigkeiten, die zunehmend von Anwohnern der Wohn- und Gewerbegebiete gemeldet werden, zu kontrollieren.

In der anschließenden Diskussion wird von Ausschussmitglied Proske von der SPD-Fraktion die Auffassung vertreten, dass regelmäßige Kontrollen der Verkehrsaufsicht auch mit dem vorhandenen Stundenkontingent möglich sein sollten.

Von der CDU-Fraktion wird grundsätzlich darauf hingewiesen, dass mehr Stellen höhere Personalausgaben bedingen zu Lasten anderer wichtiger von der Stadt wahrzunehmender Aufgaben. Aus diesem Grund hat die CDU-Fraktion mehrere Anträge zur Streichung von Stellen, die nach Auffassung der CDU-Fraktion nicht unbedingt erforderlich sind, eingereicht. Die Personalkosten würden 2018 weiter auf ca. 16,659 Mio. € jährlich steigen, im Vergleich würden die Einnahmen für Grund- und Gewerbesteuer bei ca. 26 Mio. € jährlich liegen.

Ausschussmitglied Bellizzi pflichtet im Namen der FDP-Fraktion den Ausführungen der CDU-Fraktion zu. Stellen, die Pflichtaufgaben gegenüber dem Bürger wahrnehmen, müssten jedoch - im Gegensatz zu „Stellen mit freiwilligen Selbstverwaltungsaufgaben“ - bereitgestellt werden. Nach Auffassung der FDP-Fraktion müsse darauf geachtet werden, dass die Personalkosten „nicht über die Decke gehen“.

Anschließend wird wie folgt über Ziffer 1 des Antrages der SPD-Fraktion „Verkehrsaufsicht“ abgestimmt:

„Die Stelle Nr. 83 „Verkehrsaufsicht“ wird nicht -wie vorgeschlagen - von 29,38 Wochenstunden auf 39 Wochenstunden aufgestockt.“

Abstimmungsergebnis: **2 dafür (2 SPD)**
 5 dagegen (2 Grüne, 1 CDU, 1 WAB 1 FDP)
 2 Enthaltungen (2 CDU)

Ziffer 1 des Antrags der SPD-Fraktion ist somit abgelehnt.

Über Ziffer 2 des Antrages der SPD-Fraktion wird im Rahmen des TOP 9.4 beraten und abgestimmt.

9.4. Antrag der CDU-Fraktion zum Stellenplan - Nr. 71+77

Die Verwaltung schlägt vor, die Stelle Nr. 71 um vier Stunden (0,11 Stellenanteile) von 26,31 Wochenstunden auf 30,31 Wochenstunden aufzustocken und eine zusätzliche Stelle im Stellenplan Nr. 77 in Vollzeit (1,0) einzurichten. Es handelt sich hierbei um zu erledigende Pflichtaufgaben.

Nach Diskussion wird über den Antrag der CDU-Fraktion (AN/098/2017), der wie folgt lautet, abgestimmt:

„Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen, dass die Stellen 12 205 Stellenplan Nr. 71 und 77 ersatzlos zu streichen sind.“

Abstimmungsergebnis: **3 dafür (3 CDU)**
 4 dagegen (2 SPD, 1 WAB 1 FDP)
 2 Enthaltungen (2 Grüne)

Der Antrag ist abgelehnt.

Anschließend wird über Ziffer 2 des Antrags der SPD-Fraktion (AN/089/2017) - der wie folgt lautet - abgestimmt:

„Die vorgeschlagenen Aufstockungen im Fachdienst II.2, Produktbereich 12205, Stellen Nr. 71 und 77 werden mit Sperrvermerken versehen. Nach Erstellung eines E-Government-Konzeptes durch die Verwaltung können die vorgeschlagenen Aufstockungen durch den Hauptausschuss entsperrt werden.“

Abstimmungsergebnis: **6 dafür (3 CDU, 2 SPD, 1 WAB)**
 1 dagegen (1 FDP)
 2 Enthaltungen (2 Grüne)

Dem Antrag ist zugestimmt.

9.5. Antrag der FDP-Fraktion zum Stellenplan 2018 - ehem. Stelle der Gleichstellungsbeauftragten - Streichung einer halben Stelle

— Siehe TOP 9.6 —

9.6. Antrag der CDU-Fraktion zum Stellenplan - Nr. 6

Ausschussmitglied Schubbert-von Hobe von der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen stellt nachfolgenden Antrag:

- „1. Die Stelle der Gleichstellungsbeauftragten wird in eine ganze Stelle umgewandelt.
2. Wir beantragen die Einrichtung einer weiteren halben Stelle für die Erledigung der Aufgaben, die im Antrag des Behindertenbeirats beschrieben sind.“

Die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen befürwortet eine ganze Stelle Inklusion zur Erfüllung der Aufgaben - wie im Antrag des Behindertenbeirats AN 022/2017 aufgeführt - und eine ganze Stelle für die Gleichstellungsbeauftragte.

Ausschussmitglied Levenhagen stellt im Namen der CDU-Fraktion nachfolgenden Antrag (AN/094/2017): „Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen, dass die Stelle 11 110 Stellenplan Nr. 6 die halbe nicht besetzte ehemalige Stelle der Gleichstellungsbeauftragten dem Behindertenbeirat zur Verfügung gestellt wird.“ Die halbe Stelle soll entsprechend des Antrags des Behindertenbeirats (AN/022/2017) den Behindertenbeirat bei der Federführung der Erarbeitung des kommunalen Aktionsplans, der eigenständigen Erarbeitung von Handlungsfeldern des Aktionsplans, Stärkung der Selbstvertretung von Menschen mit Behinderung etc. unterstützen. Die Stelle soll innerhalb der Verwaltung angegliedert sein. Dies entspräche auch der Empfehlung des Sozialausschusses der Einrichtung eines Inklusionsbüros.

Anschließend wird wie folgt abgestimmt:

Über Ziffer 1 des Antrages von der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und der SPD-Fraktion, die wie folgt lautet:

„1. Die Stelle der Gleichstellungsbeauftragten wird in eine ganze Stelle umgewandelt.“

**Abstimmungsergebnis: 4 dafür (2 SPD, 2 Grüne)
 5 dagegen (3 CDU, 1 FDP, 1 WAB)**

Ziffer 1 des Antrags der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und der SPD-Fraktion ist somit abgelehnt.

Über Ziffer 2 des Antrages von der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und der SPD-Fraktion, die wie folgt lautet:

„Wir beantragen die Einrichtung einer weiteren halben Stelle für die Erledigung der Aufgaben, die im Antrag des Behindertenbeirates beschrieben sind.“

**Abstimmungsergebnis: 4 dafür (2 SPD, 2 Grüne)
5 dagegen (3 CDU, 1 FDP, 1 WAB)**

Ziffer 2 des Antrags ist somit abgelehnt.

Anschließend wird über den Antrag der CDU-Fraktion AN/094/2017 wie folgt abgestimmt:

„Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen, dass die Stelle 11 110 Stellenplan Nr. 6 die halbe nicht besetzte ehemalige Stelle der Gleichstellungsbeauftragten dem Behindertenbeirat zur Verfügung gestellt wird.“

**Abstimmungsergebnis: 6 dafür (3 CDU, 1 WAB, 2 SPD)
1 dagegen (1 FDP)
2 Enthaltungen (2 Grüne)**

Dem Antrag ist somit zugestimmt.

Der Antrag des Behindertenbeirates AN/022/2017 und der Antrag AN/083/2017 der FDP-Fraktion haben sich somit erledigt.

AN/022/2017

9.7. Antrag des Behindertenbeirates auf Einrichtung eines Inklusionsbüros mit ausreichend Personal

— Siehe TOP 9.6 —

2017/153

9.8. Schulsozialarbeit

- Sachstandsbericht Standort Am Heimgarten

- Personalmehrbedarf am Standort Am Heimgarten und an der Grundschule Am Aalfang

In der anschließenden Diskussion wird einerseits die Auffassung vertreten, dass die Bildungskosten als Teil der pädagogischen Arbeit vom Land zu finanzieren seien. Andererseits wird von der Verwaltung auf die gesetzlichen Grundlagen des § 48 Abs. 1 Ziffer 4 Schulgesetz verwiesen, wonach es Aufgabe des Schulträgers ist, den Sachbedarf des Schulbetriebes zu decken und damit auch die erforderliche Unterstützung bereitzustellen, damit die Kinder diese Sachmittel nutzen können.

Anschließend wird über die nachfolgende Empfehlung des Bildungs-, Kultur- und Sportausschusses abgestimmt:

- „1. Der Mehrbedarf einer Teilzeitstelle 19,5 Stunden befristet auf den Zeitraum 01.08.2018 bis 31.07.2021 am Standort Schulzentrum Am Heimgarten wird anerkannt und im Stellenplan 2018 berücksichtigt. Die anteiligen Mittel (5/12) in Höhe von 13.700 € für das Jahr 2018 sind im Haushalt 2018 entsprechend bereitzustellen.
2. Der Bedarf einer befristeten Teilzeitstelle 19,5 Stunden am Standort Grundschule Am Aalfang wird für drei Jahre (01.8.2018 bis 31.07.2021) anerkannt und im Stellenplan 2018 berücksichtigt. Die anteiligen Mittel (5/12) in Höhe von 13.700 € für das Jahr 2018 sind im Haushalt 2018 entsprechend bereitzustellen.“

Abstimmungsergebnis: Alle dafür

Der Empfehlung des Bildungs-, Kultur- und Sportausschusses ist somit zugestimmt.

AN/095/2017

9.9. Antrag der CDU-Fraktion zum Stellenplan - Nr.40

Von mehreren Ausschussmitgliedern wird weiterhin die Lösung eines gemeinsamen Datenschutzbeauftragten mit anderen Kommunen angegliedert beim Kreis auch im Hinblick der in der Niederschrift des Hauptausschusses vom 20.11.2017, TOP 13, aufgeführten Kostenaufstellung bevorzugt.

Anschließend wird über den Antrag der CDU-Fraktion (AN/095/2017) - der wie folgt lautet - abgestimmt:

„Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen, dass die Stelle 11 115 Stellenplan Nr. 40 gesperrt wird.“

**Abstimmungsergebnis: 5 dafür (3 CDU, 1 FDP, 1 WAB)
4 dagegen (2 SPD, 2 Grüne)**

Dem Antrag ist somit zugestimmt.

AN/096/2017

9.10. Antrag der CDU-Fraktion zum Stellenplan - Nr. 96

Die Verwaltung erläutert die Erforderlichkeit der Stelle gemäß Vorlagen-Nr. 2017/110 Produktbereich 31100 Nr. 96.

Anschließend wird wie folgt über den Antrag der CDU-Fraktion (AN/096/2017) abgestimmt:

„Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen, dass die Stelle 31 100 Stellenplan Nr. 96 die Abänderung des KW-Vermerks zu streichen ist.“

Abstimmungsergebnis: **3 dafür (3 CDU)**
 6 dagegen (2 SPD, 2 Grüne, 1 FDP, 1 WAB)

Der Antrag ist somit abgelehnt.

AN/097/2017

9.11. Antrag der CDU-Fraktion zum Stellenplan - Nr. 31

Mehrere Ausschussmitglieder vertreten die Auffassung, dass mit der Bereitstellung einer Springerstelle das Problem des Krankenstandes nicht gelöst sei. Angezweifelt wird, dass im Vertretungsfall ohne Einweisung von der Springerstelle Regelaufgaben übernommen werden können bzw. die Vertreter die erforderliche Zeit haben, die Springerstelle einzuarbeiten. Andererseits wird von der Verwaltung darauf hingewiesen, dass es sich um qualifiziert ausgebildete Verwaltungsfachkräfte handelt, die umfassend einsetzbar sind.

Anschließend wird über den Antrag der CDU-Fraktion (AN/097/2017), der wie folgt lautet, abgestimmt:

„Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen, dass die Stelle 11 120 Stellenplan Nr. 31 ersatzlos gestrichen wird.“

Abstimmungsergebnis: **4 dafür (3 CDU, 1 WAB)**
 5 dagegen (2 SPD, 2 Grüne, 1 FDP)

Der Antrag ist somit abgelehnt.

AN/099/2017

9.12. Antrag der CDU-Fraktion zum Stellenplan - Nr. 39

Die Verwaltung beantwortet Verständnisfragen. Aufgaben dieser Stelle sind u. a.

- Betreuung, Pflege und Weiterentwicklung des pädagogischen Netzes,
- Koordination von IT-Aktivitäten und Sicherstellung eines reibungslosen Ablaufs des alltäglichen Betriebes und Datensicherheit,
- Systemverwaltung, täglicher Support und Schulung der Nutzer und
- Durchführung von IT-Projekten in Zusammenarbeit mit der Schulleitung, pädagogischen Mitarbeitern und der der IT.

In der Diskussion wird von einem Ausschussmitglied auf die Problematik hingewiesen, eine geeignete Fachkraft nach der Bezahlung nach TVÖD auf dem Arbeitsmarkt zu finden und auch deshalb eine Beauftragung eines externen Unternehmens präjudiziert.

Anschließend wird wie folgt über den Antrag der CDU-Fraktion (AN/099/2017) abgestimmt:

„Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen, dass die Stelle 11 115 Stellenplan Nr. 39 ersatzlos gestrichen wird.“

Abstimmungsergebnis: **4 dafür (3 CDU, 1 WAB)**
 5 dagegen (2 SPD, 2 Grüne, 1 FDP)

Der Antrag ist somit abgelehnt.

AN/100/2017

9.13. Antrag der CDU-Fraktion zum Stellenplan - Nr. 102

Ausschussmitglied Levenhagen zieht den Antrag der CDU-Fraktion (AN/0100/2017) aufgrund der Empfehlungen des Sozialausschusses und des Bildungs-, Kultur- und Sportausschusses zur Offenen Ganztagschule - der wie folgt lautet - zurück:

„Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen, dass die Stelle 24 300 Stellenplan Nr. 102 mit Sperrvermerk für das kommende Jahr 2018 zu versehen ist.

9.14. Antrag der WAB-Fraktion auf Schaffung zweier zusätzlicher Stellen in ZGW

Ausschussvorsitzender Schmick stellt im Namen der WAB-Fraktion nachfolgenden Antrag:

„Die WAB-Fraktion beantragt die Schaffung zweier zusätzlicher Stellen in der Zentralen Gebäudewirtschaft (ZGW) ab dem 01.04.2018 in Vollzeit, davon 1 unbefristet und 1 befristet auf drei Jahre:

Stelle 1 Architekt /Bauingenieur im ZGW unbefristet

Stelle 2 Architekt/Bauingenieur im ZGW befristet für drei Jahre

Neben der Sanierung des Rathauses und der Schulen seien im Haushalt 2018 enthalten, der Bau einer Kita, einer Tiefgarage und eines Umkleidehauses auf dem Stormarnplatz. All diese Projekte würden eine hohe Dringlichkeit haben. Um die Aufträge schnellstmöglich bearbeiten zu können, benötige die Abteilung ZGW zwei zusätzliche Architektenstellen, davon eine unbefristet und eine befristet auf drei Jahre.

Abstimmungsergebnis: 5 dafür (2 SPD, 2 Grüne, 1 WAB)
1 dagegen (1 FDP)
3 Enthaltungen (3 CDU)

10. Erlass der Haushaltssatzung für das Haushaltsjahr 2018

Verwiesen wird auf die Beratungen im Hauptausschuss am 20.11.2017 (Protokoll Nr. 10/2017) und am 09.10.2017 (Protokoll Nr. 9/2017). Zu den Haushaltsberatungen sind die Anträge AN/082/2017 (Antrag der FDP-Fraktion, Haushalt 2018 – Personalaufwendungen) sowie AN/102/2017 (Antrag der FDP-Fraktion, Beschaffung eines Gerätewagens Nachschub) eingegangen.

AN/082/2017

10.1. Antrag der FDP-Fraktion - Haushalt 2018 - Personalaufwendungen

Ausschussmitglied Bellizzi stellt nachfolgenden Änderungsantrag der FDP-Fraktion:

„Die Personalaufwendungen werden um 600.000 € gekürzt.“

Abstimmungsergebnis: **4 dafür (3 CDU, 1 FDP))**
 5 dagegen (2 SPD, 2 Grüne, 1 WAB)

Der Antrag ist somit abgelehnt.

Anschließend wird über den Antrag der FDP-Fraktion (AN/082/2017) wie folgt abgestimmt:

„Die Personalaufwendungen werden um 500.000 € gekürzt.“

Abstimmungsergebnis: **Alle dafür**

Dem Antrag ist somit zugestimmt.

AN/102/2017

10.2. Antrag der FDP-Fraktion - Beschaffung eines Gerätewagens Nachschub

Der Antrag der FDP-Fraktion (AN/102/2017) lautet wie folgt:

„Für die Beschaffung eines Gerätewagens Nachschub PSK 21705.0900028 wird beschlossen:

2018: neu 95.000 € (alt 0 €)
2020: neu 0 € (alt 95.000 €)“

Der Gemeindeführer bestätigt die Erforderlichkeit, die Beschaffung eines Gerätewagens Nachschub in das Jahr 2018 vorzuziehen.

Anschließend wird wie folgt über den vorgenannten Antrag abgestimmt:

Abstimmungsergebnis: Alle dafür

Dem Antrag ist somit zugestimmt.

Anmerkung der Verwaltung:

Es handelt sich um das PSK 12600.0900002/607.

Abschließend wird unter Berücksichtigung vorstehender Einzelentscheidungen über den Beschlussvorschlag der Sitzungsvorlagen-Nr. 2017/108 wie folgt abgestimmt, soweit das Budget des Hauptausschusses tangiert ist:

Abstimmungsergebnis : Alle dafür

11. Ziffer 2 des Antrags der SPD-Fraktion zur papierlosen Arbeit der politischen Gremien (AN/057/2017)

Die Verwaltung berichtet, dass das WLAN im Peter-Rantzau-Haus nicht in die Verfügungsgewalt des Rathauses fällt und es insofern bei Veränderungen am WLAN durch den Betreiber immer wieder zu Problemen beim Verbindungsaufbau kommen kann.

Zum Vorschlag einiger Ausschussmitglieder, der kostenlosen Bereitstellung von SIM-Karten durch die Stadt weist die Verwaltung auf die bereits kostenlose Bereitstellung der Tablets für die Selbstverwaltung hin. Die Kostenübernahme von SIM-Karten für die Tablets der digitalen Selbstverwaltung würde erhebliche Mehrkosten verursachen. In diesem Zusammenhang weist die Verwaltung auf die notwendige Höhe des Datenvolumens für die SIM Karte hin, damit ein Download größerer Datenmengen über die SIM Karte möglich ist.

Die Verwaltung weist darauf hin, dass durch Einsatz der Mandatos App ein WLAN bzw. eine SIM-Karte nicht notwendig ist, da die Dokumente offline zur Verfügung gestellt werden. Es ist zumutbar, die Sitzungsunterlagen vorab herunterzuladen.

Der Hauptausschuss kommt überein, die Angelegenheit im Ältestenrat zu beraten.

12. Kooperation StadtApp Ahrensburg - Stadt Ahrensburg und Stadtwerke Ahrensburg
- Aufhebung des Sperrvermerks auf PSK 57100.5431010

— *vertagt* —

13. Anfragen, Anregungen, Hinweise

— *keine* —

gez. Hinrich Schmick
Vorsitzender

gez. Birgit Reuter
Protokollführerin